

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVI
I. Kapitel: Die Aufgabe	1
A. Problemaufriss	1
B. Gang der Untersuchung	4
II. Kapitel: Der Gegenstand der Untersuchung	7
A. Vereinbarungen, die primär zur Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen geschlossen sind:	7
I. Konkurrenzverbote in Arbeitsverträgen (Fall 1)	7
II. Tarifvertragsklauseln (Fall 2)	8
1. Arbeitszeitregelungen	8
2. Rationalisierungsschutz-, Rationalisierungsstoppab- kommen	9
3. Aufteilung des Gütermarktes	10
4. Kalkulationsschemata	11
5. Lehrlingsstopp	11
III. Abwerbeverbote (Fall 3)	11
IV. Regelungen über Geschäftszeiten und Betriebsferien (Fall 4)	12
B. Vereinbarungen, in deren Mittelpunkt die Verfolgung sozialer Zwecke steht.	13
I. Arbeitsschutzabkommen (Fall 5)	13
II. Rationalisierungsstoppabkommen (Fall 6)	13

C. Abmachungen, die auf eine Verbesserung der Stellung der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern abzielt.	14
I. Vereinbarungen über Lohnobergrenzen (Fall 7)	14
II. Einstellungsbegrenzungs- bzw. Einstellungsverzichtsabkommen (Fall 8)	14
III. Abreden über die Verteilung beschränkt verfügbarer Arbeitskräfte (Fall 9)	15
IV. Streikhilfeabkommen (Fall 10)	15
1. Hilfeleistungsverpflichtung	16
2. Wohlverhaltensklausel	16
3. Arbeitsrechtliches Abwerbeverbot	17
III. Kapitel: Das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kartellrecht	18
A. Unterschiede zwischen beiden Rechtsgebieten	19
I. Arbeitsrecht	19
1. Zielsetzungen und Schutzfunktionen	19
2. Ordnungskriterien	20
2.1. Modellfall eines bilateralen Oligopols	20
2.2. Prinzip der Bildung gegengewichtiger Marktmacht	21
II. Kartellrecht	22
1. Zielsetzung und Schutzfunktionen	22
1.1. Individualschutz	23
1.2. Institutionenschutz	23
1.3. Individual- und Institutionenschutz	23
1.4. Stellungnahme	23
2. Ordnungskriterien	24
2.1. Wettbewerb als rechtliches Ordnungsprinzip	24
2.2. Mißbrauchsaufsicht über die Wettbewerbsparteien	24
B. Gemeinsamkeiten	26
C. Zwischenergebnis	27
D. Art. 9 III GG als "kartellrechtsverdrängende Norm"	28

I. Inhalt der Koalitionsfreiheit	28
1. Individuelle Koalitionsfreiheit	29
2. Kollektive Koalitionsfreiheit	30
2.1. Institutionelle Koalitionsgarantie	30
2.2. Funktionelle Koalitionsgarantie	31
2.2.1. Reichweite des Begriffspaares der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	31
2.2.1.1. Lehrmeinungen	32
2.2.1.2. Rechtsprechung	35
2.2.1.3. Stellungnahme	38
2.2.1.4. Beschränkbarkeit von Art. 9 III GG	39
2.2.1.4.1. Immanenter Gemeinschaftsvorbehalt	40
2.2.1.4.2. Schrankentrias des Art. 2 I GG	40
2.2.1.4.3. Allgemeines Gesetz als Schranke	41
2.2.1.4.4. Begrenzung durch Art. 9 II GG	42
2.2.1.4.5. Die Lehre von den immanenten Grundrechts- schranken / praktische Konkordanz	43
2.2.1.5. Verfassungsrechtliche Verankerung des Wettbe- werbsprinzips	44
II. Die Bedeutung von Art. 9 III GG in den Ausgangsfällen	49
1. Tarifvertragsklauseln (Fall 2)	50
1.1. Arbeitszeitregelungen	50
1.2. Rationalisierungsschutz-, Rationalisierungsstopp- abkommen	51
1.3. Gütermarktaufteilung, Kalkulationsschemata	52
1.4. Lehrlingsstopp	52
2. Abwerbeverbote (Fall 3)	52
3. Abreden über Geschäftszeiten und Betriebsferien (Fall 4)	53
4. Arbeitsschutzabkommen (Fall 5)	54
5. Vereinbarungen über Lohnobergrenzen (Fall 7)	54
6. Einstellungsbegrenzungs-, Einstellungsverzichtsab- kommen / Abreden über die Verteilung beschränkt verfü- barer Arbeitskräfte (Fälle 8 und 9)	55
7. Streikhilfeabkommen (Fall 10)	56
II. Zwischenergebnis	57

IV. Kapitel: Die Tatbestandsmäßigkeit der untersuchungsgegenständlichen Vereinbarungen	59
A. Verträge von Unternehmen oder Vereinigungen von Unternehmen und Beschlüsse von Vereinigungen von Unternehmen	59
I. Verträge und Beschlüsse	59
II. Unternehmen und Vereinigungen von Unternehmen	60
1. Der Begriff des Unternehmens	61
1.1. Arbeitnehmer als Unternehmen	62
1.1.1. Der Begriff der gewerblichen Leistung in Abgrenzung zur Arbeitsleistung	65
1.1.2. Zwischenergebnis	68
1.2. Unternehmenseigenschaft der Beschäftigten bei Vereinbarungen vertraglicher und nachvertraglicher Konkurrenzverbote (Fall 1)	68
1.2.1. Die festangestellten Mitarbeiter, denen eine Tätigkeit bei einem anderem Unternehmen untersagt ist	69
1.2.2. Die festangestellten Mitarbeiter, denen eine Tätigkeit als Konkurrenzunternehmen untersagt ist	69
1.2.3. Die sog. freien Mitarbeiter, denen eine Tätigkeit bei einem Konkurrenzunternehmen untersagt ist	72
1.3. Unternehmenseigenschaft der arbeitsrechtlichen Koalitionen	79
1.3.1. Arbeitgeberverbände	79
1.3.2. Gewerkschaften	82
1.3.3. Arbeitgeberverbandsbeschlüsse als Beschlüsse von Vereinigungen von Unternehmen ?	86
1.3.4. Vertrag gem. § 1 GWB durch die faktische Beteiligung mehrerer Unternehmen am Tarifvertrag ?	89
B. Verträge zu einem gemeinsamen Zweck	91
I. Die unterschiedlichen Auslegungen	92
1. Der organisationsrechtliche Ansatz	92
2. Die Theorie der gleichgerichteten Interessensverfolgung	94
3. Der funktionale Ansatz	97

II. Der gemeinsame Zweck in den Ausgangsfällen	103
C. Die Beschränkung des Wettbewerbs	103
I. Die fehlende Definition des Wettbewerbsbegriffs	103
II. Der Begriff der Wettbewerbsbeschränkung	104
III. Die Ausscheidung von rein innerbetrieblichen Maßnahmen/ Die dogmatische Einordnung arbeitsrechtlicher Regelungen	105
1. Die gegenstandsbezogene Auffassung	105
2. Die marktfolgenbezogene Ansicht	107
3. Eigene Ansicht	109
3.1. Die unmittelbar wettbewerbsbeschränkenden Verein- barungen	110
3.2. Die Folgewirkungen der Vereinbarungen	110
3.3. Die Parteimotive	112
IV. Zwischenergebnis	114
V. Die Wettbewerbsbeschränkung in den Ausgangsfällen	115
1. Wettbewerbsverbote in Arbeitsverträgen (Fall 1)	115
2. Tarifverträge (Fall 2)	116
2.1. Arbeitszeitregelungen	116
2.1.1. Einteilung und Dauer der täglichen Arbeitszeit	116
2.1.2. Beschränkung der betrieblichen Nutzungszeit	117
2.1.3. Besetzungregeln	119
2.1.4. Investitionsstoppabkommen	119
2.1.5. Gütermarktaufteilungen	120
2.1.6. Kalkulationsschemata	120
2.1.7. Lehrlingsstopp	121
3. Abwerbeverbote (Fall 3)	122
4. Regelungen über Geschäftszeiten und Betriebsferien (Fall 4)	124
5. Arbeitsschutzabkommen (Fall 5)	125
6. Rationalisierungsstoppabkommen (Fall 6)	126
7. Vereinbarungen über Lohnobergrenzen (Fall 7)	126
8. Einstellungsbegrenzungs- bzw. Einstellungsverzichts- abkommen (Fall 8)	127
9. Abreden über die Verteilung beschränkt verfügbarer Arbeitskräfte (Fall 9)	128
10. Streikhilfeabkommen (Fall 10)	128
10.1. Das arbeitsvertragliche Abwerbeverbot	128
10.1.2. Die Hilfeleistungsverpflichtung	129

10.1.3. Die Wohlverhaltensklausel	131
10.2. Die Ausschaltung von Wettbewerb durch Streik ?	131
10.3. Die Beschränkung rechtswidriger Handlungsfreiheiten ..	132
V. Zwischenergebnis	138
D. Eignung zur Beeinflussung der Erzeugung oder der Marktverhältnisse	139
I. Konkurrenzverbote in Arbeitsverträgen (Fall 1)	142
II. Tarifvertragsklauseln (Fall 2)	143
1. Beschränkungen der betrieblichen Nutzungszeit	143
2. Investitionsstoppabkommen	143
3. Gütermarktaufteilungen	144
4. Kalkulationsschemata	144
III. Abreden über Geschäftszeiten und Betriebsferien (Fall 4)	144
IV. Arbeitsschutzabkommen/Rationalisierungsstoppabkommen (Fälle 5 und 6)	145
V. Einstellungsbegrenzungs- und Einstellungsverzichts- abkommen/ Abreden über die Verteilung beschränkt ver- fügbarer Arbeitskräfte (Fälle 8 und 9)	146
VI. Streikhilfeabkommen (Fall 10)	146
V. Kapitel: Die Möglichkeiten einer außertatbestandsmäßigen Freistellung der tatbestandlichen Vereinbarungen	150
A. Lösung durch Anerkennung eines außerkartellrechtlichen Vorrangprinzips	152
I. Einschränkung durch Anwendung einer "rule of reason"	152
II. Einschränkung durch "extensive" Auslegung von § 1 I 2 GWB	155
III. Einschränkungen durch das Prinzip der Rechtfertigung ..	157
IV. Einschränkung durch das Rechtsprinzip der Sozialadäquanz	161
V. Einschränkung durch rechtsfortbildende Normenrestriktion im Rahmen einer Rechtsgüterabwägung	162
VI. Freistellung sog. privatrechtsimmanenter Wettbe- werbsbeschränkungen	170

B. Lösungsvorschläge auf kartellgesetzlicher Basis	176
I. Freistellung als Rationalisierungskartell gem. § 5 I GWB .	177
II. Freistellung als Sonderkartell gem. § 8 I GWB	180
III. Analoge Anwendung von § 8 I GWB	188
IV. Novellierung des § 8 I GWB	189
C. Lösung durch kartellamtliches Nichteinschreiten	190
I. Nichtverfolgung als Ordnungswidrigkeit	190
II. Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung (Negativattest)	192
VI. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen:	197